

„Kassen plünderten jahrelang Pflegeversicherung“

Um ihren Etat zu entlasten, haben mehrere Krankenkassen in den vergangenen Jahren Fehlbuchungen zu Lasten der Pflegeversicherung vorgenommen: Wie das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ Mitte April berichtet, beläuft sich der Schaden laut Bundesversicherungsamt (BVA) mittlerweile auf rund 400 Millionen EUR. Vor allem Rechnungen für Spezialbetten, Rollstühle oder Badewannen-Lifter seien in vielen Fällen der Pflegeversicherung aufgebürdet worden, obwohl sie eigentlich von den Krankenkassen hätten bezahlt werden müssen.

Das BVA wolle die verantwortlichen Versicherer, darunter einige AOKen, jetzt zwingen, das Geld zurückzuzahlen. „Im Interesse einer Gleichbehandlung aller Krankenkassen werden wir auf eine vollständige Rückführung der Fehlbuchungen bestehen“, zitiert der Spiegel aus einem Brief an die betroffenen Vorstände.

Der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) weist in diesem Zusammenhang erneut auf die Notwendigkeit eines Pflege-Korrekturgesetzes hin. Mit dem Entwurf (BT-Drucksache 15/1493) für ein solches Gesetz, den der Bundesrat im vergangenen Jahr in den Bundestag eingebracht hat, soll den Leistungsverchiebungen zwischen GKV und Pflegeversicherung ein Ende gemacht werden. Die Beratungen im Bundestag sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Das Thema beschäftigt die Länder schon seit geraumer Zeit: Bereits im Oktober 2002 hieß es in einer Antwort des baden-württembergischen Sozialministeriums auf eine Kleine Anfrage der FDP, dass das Prüfungsamt für die Sozialversicherung beim Sozialministerium zwischen Juni 2001 und Mai 2002 im Rahmen einer bundesweiten Prüfung der Versorgung mit Pflegehilfsmitteln vier AOK-Bezirksdirektionen, fünf IKK-Regionaldirektionen und eine Betriebskrankenkasse (BKK) untersucht habe. Dabei wurden Fehlbuchungen in Höhe von rund 244.000 EUR festgestellt – das Gros bei den AOK-Direktionen (ca. 217.000 EUR). (er) ■

Forum Sozialstation Nr. 128